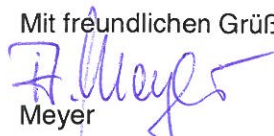


ab 12/13

Nachstehend übersende ich Ihnen das **Protokoll** über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 29. Oktober 2013 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Wiesmoor, den 06.11.2013

Mit freundlichen Grüßen

  
Meyer

Lfd. Nr. 1

**Protokoll**  
**über die Sitzung des Ausschusses für**  
**Haushalt und Finanzen**  
**am 29. Oktober 2013,**  
**im Sitzungssaal des Rathauses, Hauptstraße 193, 3. OG, Raum 314**

- Anwesend:
- a) die Mitglieder des Ausschusses  
Jens Peter Grohn, Ausschussvorsitzender  
Ewald Hinrichs  
Karl-Dieter Jelken ab 15.40 Uhr  
Robert Ahlfs für Johannes Kleen  
Friedrich Völler  
Ingo Lenz ab 15.45 Uhr  
Sven Schnau  
Reiner Zigan  
Edgar Weiss
  - b) von der Verwaltung  
Bürgermeister Meyer  
Fachbereichsleiter 1, Jens Brooksiek  
Fachgruppenleiter 1.3, Peter Schoone (zugleich Protokollführer)

Beginn der Sitzung: 15.30 Uhr

**Tagesordnung:**

**Punkt 1: Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung u. d. Beschlussfähigkeit**

***Ausschussvorsitzender Jens Peter Grohn eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und die Beschlussfähigkeit besteht.***

**Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung**

Edgar Weiss bittet darum, die zukünftigen Sitzungstermine später anzuberaumen, z.B. ab 17.30 Uhr. Der BGM erklärt hierzu, dass gemäß Beschlussfassung die Fachausschusssitzungen allgemein um 15.30 Uhr beginnen sollen.

**Punkt 3: Steuerhebesatzsatzung 2014**

Die Steuerhebesätze werden seit 2013 in einer eigenen Steuerhebesatzsatzung festgesetzt. Die Steuerhebesatzsatzung kann unabhängig vom Haushaltsplan beschlossen werden und in Kraft treten. Für 2014 empfiehlt die Verwaltung, die Steuerhebesätze auf das Landesniveau anzuheben. Dabei können die Hebesätze für Grundsteuer A und Grundsteuer B auf ein einheitliches Niveau festgesetzt werden. Durch die Umwandlung von land- und fortwirtschaftlichen genutzten Flächen in Baugrundstücken würde sich somit der Grundsteuerhebesatz nicht ändern. Dieses Verfahren ist auch bisher so in Wiesmoor üblich gewesen. Deshalb wird vorgeschlagen, für das Haushaltsjahr 2014 die Hebesätze für die Grundsteuer A und B auf 371 v. H. (2013: 366 v. H.) und den Hebesatz für die Gewerbesteuer auf 369 v. H. (2013: 364 v. H.) festzusetzen.

Die Mehreinnahmen betrügen 2013

auf der Basis des Haushaltsplanes

|                   |           |
|-------------------|-----------|
| bei Grundsteuer A | 2.726 €   |
| bei Grundsteuer B | 25.681 €  |
| bei Gewerbesteuer | 45.587 €  |
| insgesamt         | 73.994 €. |

Ein entsprechender Satzungsentwurf war der Vorlage als Anlage beigelegt.

Von der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass sowohl im Ergebnishaushalt als auch im Finanzhaushalt für 2014 mit hohen Defiziten zu rechnen ist. Seitens der GfW wird vorgeschlagen, bezüglich der maroden Finanzen der Stadt Klausurtagungen abzuhalten.

Nach kurzer Aussprache ist man der Meinung, dass dieser Vorschlag zwar im Auge behalten werden sollte, aber letztendlich auch eine Aufgabe dieses Fachausschusses ist.

Nach dieser Aussprache wird der Beschlussvorschlag zur Erhöhung der Steuerhebesätze für 2014 einstimmig nicht angenommen.

Ausschussmitglied Karl-Dieter Jelken nimmt ab 15.40 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Brooksiek weist darauf hin, dass die Steuerhebesatzsatzung 2013 nur ein Jahr Gültigkeit hat und somit für 2014 mit den bisherigen Hebesätzen beschlossen werden muss.

**Der Änderungsbeschlussvorschlag wird einstimmig angenommen.**

Ausschussmitglied Ingo Lenz nimmt ab 15.45 Uhr an der Sitzung teil.

#### **Punkt 4: Jahresabschluss 2009**

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2009 – Geprüfte Fassung – wurde erstellt und bereits an alle Ratsmitglieder verschickt. Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 und die dazu erarbeitete Stellungnahme wurden zusammen mit der Vorlage für die Finanzausschusssitzung am 29.10.2013 verschickt.

Gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 NKomVG beschließt der Rat über den Jahresabschluss, die Zuführung zu Überschussrücklagen und die Entlastung des Bürgermeisters.

Die Verwaltung schlägt vor,

- a) den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2009 zu beschließen,
- b) 1. den Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 146.370,82 € in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zuzuführen und
  2. den Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 490.321,92 € in die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zuzuführen und
- c) die Entlastung des Bürgermeisters zu beschließen.

Der Gesamtüberschuss aus 2009 beträgt 636.692,74 €.

Aussprache:

☒ Kurze Aussprache. ☐ Ohne Aussprache. ☐ Ausführliche Aussprache:

Der Kämmerer Brooksiek erläutert kurz die Bilanz zum Jahresabschluss 2009. Ausschussmitglied Weiss bemängelt die späte Weiterleitung des Jahresabschlusses. Er bemängelt weiterhin, dass die Schulden im Haushalt 2009 in der Planung geringer ausgefallen sind als in der Bilanz dargestellt. Es wird seitens der Verwaltung darauf hingewiesen, dass er den Nachtragshaushaltsplan für 2009 in seiner Berechnung nicht mit berücksichtigt hat. Außerdem weist er auf die großen Defizite bei der Touristik hin und erwähnt hier besonders den Prüfungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes auf die

jährliche Kostensteigerung. Die GfW weist, wie das RPA, darauf hin, dass die Kosten für die Touristik gedeckelt werden sollten. Edgar Weiss möchte wissen, ob aufgrund der verspäteten Abschlüsse ein finanzieller Schaden für die Stadt im Bereich Tourismus entstanden ist. Herr Jelken sagt darauf hin, dass es sich hier um Altlasten handelt und man vielmehr das Augenmerk auf das Haushaltsjahr 2014 legen sollte. Außerdem stellt er deutlich die Wichtigkeit der Touristik heraus. Zugleich stellt er den Antrag auf Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Abstimmungsergebnis zu a) bis c):

☐ Einstimmig ☒ Ja, ☐ Nein, ☐ Enthaltung

Der Beschlussvorschlag wurde ☒ angenommen ☐ nicht angenommen.

### **Punkt 5: Jahresabschluss 2010**

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2010 – Geprüfte Fassung –, der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2010 und die dazu erarbeitete Stellungnahme wurden zusammen mit der Vorlage für die Finanzausschusssitzung am 29.10.2013 verschickt.

Gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 NKomVG beschließt der Rat über den Jahresabschluss, die Zuführung zu Überschussrücklagen und die Entlastung des Bürgermeisters.

Die Verwaltung schlägt vor,

- a) den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2010 zu beschließen,
- b) 1. den Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 489.916,37 € in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zuzuführen und
- 2. den Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 650.173,51 € in die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zuzuführen und
- c) die Entlastung des Bürgermeisters zu beschließen.

Der Gesamtüberschuss aus 2010 beträgt 1.140.089,88 €.

Aussprache:

☒ Kurze Aussprache. ☐ Ohne Aussprache. ☐ Ausführliche Aussprache:

Edgar Weiss bemängelt, wie auch das Rechnungsprüfungsamt, dass der Wirtschaftsbericht der Touristik in der Anlage fehlt. Herr Weiss bittet darum, dass die Jahresabschlüsse und die Prüfungsberichte frühzeitiger übersandt werden, da für dieses komplexe Thema 10 Tage nicht ausreichend sind. Außerdem sollten größere Unterschiedsbeträge in der Bilanz, die sich durch den Vorjahresvergleich ergeben, besser erläutert werden.

Hinweis des Protokollführers: Die Frage, was unter „Sonstige Verbindlichkeiten“ zu verstehen ist, wurde im VA zur Zufriedenheit des als Zuhörer anwesenden Fragestellers Edgar Weiss beantwortet.

Herr Weiss fragt an, wie der Prüfungsvermerk bezüglich der Versorgungsrücklage zu verstehen ist. Herr Brooksiek erläutert kurz den Grund für die Versorgungsrücklagen. Bezüglich des Hinweises des Rechnungsprüfungsamtes muss noch genauer sondiert werden, wie zukünftig mit den Versorgungsrücklagen umgegangen werden soll. Herr Weiss bemängelt auch, dass, wie vom Rechnungsprüfungsamt festgestellt, bisher kein Datenschutzbeauftragter bestellt ist. Seitens der Verwaltung wird mitgeteilt, dass man diesbezüglich in Verhandlung mit der KDO ist und diese Leistung dort eingekauft werden soll.

Abstimmungsergebnis:

☐ Einstimmig ☒ Ja, ☐ Nein, ☐ Enthaltung

Der Beschlussvorschlag wurde ☒ angenommen ☐ nicht angenommen.

### **Punkt 6: Inhaltliche Ausrichtung des Finanzausschusses**

Seitens der Politik wurde gebeten, den Tagesordnungspunkt über die inhaltliche Ausrichtung des Finanzausschusses mit aufzunehmen. Die Verwaltung geht davon aus, dass folgende Punkte im Finanzausschuss beraten und gegebenenfalls entsprechende Empfehlungsbeschlüsse gefasst werden:

#### **Haushaltspläne und Jahresabschlüsse:**

1. Haushaltspläne (hierzu gehören auch eventuelle Haushaltssicherungskonzepte)
2. Jahresabschlüsse (hierzu gehören u. a. die Ergebnisrechnungen, die Finanzrechnungen und die Bilanzen)
3. Konsolidierte Gesamtabrechnungen

#### **Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Wiesmoor und dem Landkreis Aurich:**

4. Kreisumlage
5. Schullastenausgleich

#### **Angelegenheiten, die eine herausragende finanzwirtschaftliche Bedeutung für die Stadt Wiesmoor haben:**

6. Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen und Kredite für Umschuldungen  
Es gilt weiterhin die „Richtlinie der Stadt Wiesmoor für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten“, der Finanzausschuss ist zusätzlich zu unterrichten
7. alle weiteren Angelegenheiten, die eine herausragende finanzwirtschaftliche Bedeutung für die Stadt Wiesmoor haben
8. aktuelle Entwicklungen der städtischen Finanzen

Die unter 6. genannte Richtlinie der Stadt Wiesmoor für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten vom 18.12.2006 wird zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses überarbeitet und angepasst. Sie ist danach vom Rat neu zu beschließen (Finanzausschuss -> Verwaltungsausschuss -> Rat).

Herr Weiss erwähnt hier ausdrücklich, dass es nicht Finanzausschuss heißt, sondern Ausschuss für Haushalt und Finanzen.

Herr Weiss schlägt vor, dass dieser Ausschuss über alle Ausgaben über 15.000,00 € informiert werden soll. Im Ausschuss ist man einhellig der Meinung, dass die Aufgaben der Verwaltung auch noch leistbar bleiben müssen und dies dem Sinn der Budgetierungen widerspricht.

Dieser Vorschlag wird daher abgelehnt.

Die Überschrift „Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Wiesmoor und dem Landkreis Aurich“ soll um die Bezeichnung und andere Kommunen ergänzt werden:

Es wird vorgeschlagen, die o.a. Nr. 8 wie folgt zu ergänzen: „Vierteljährlicher Bericht über die städtischen Finanzen“. Außerdem soll als Nr. 9 der vierteljährliche Bericht über die Entwicklung des Baubetriebshofes und der LWTG aufgenommen werden.

Der Vorschlag, als Nr. 10 „Wirtschaftsförderung“, aufzunehmen, wird abgelehnt, da es hierzu bereits einen Fachausschuss gibt. Im Ausschuss ist man einhellig der Meinung, dass die erweiterte Tischvorlage zukünftig als Arbeitsgrundlage für diesen Ausschuss dienen soll. Außerdem soll dieser Ausschuss in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil aufgeteilt werden.

**Punkt 7: Schriftliche Anträge, Anfragen und Anregungen**

Hier liegt zurzeit nichts vor.

**Punkt 8: Einwohnerfragestunde gem. § 17 GO i.V. mit § 23 der GO**

Beginn und Ende der Einwohnerfragestunde: 17.17 Uhr

Es wurden keine Anfragen gestellt.

Ende der Sitzung: 17.18 Uhr



Meyer  
Bürgermeister



Grohn  
Vorsitzender



Schoone  
Protokollführer